

Was antworten Landtagskandidat*innen auf diese GEW-Forderungen?



Vor dem Ankreuzen des Stimmzettels zur Landtagswahl können wir Kandidat*innen bitten, zu folgenden Forderungen Stellung zu beziehen. Die Antworten lassen sich auswerten. Über die Ergebnisse informieren wir unsere Kolleg*innen.

- 1) Für Arbeitnehmer*innen wie für Beamt*innen muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 2) Die Standards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Teil der Vereinten Nationen, zum Arbeits- und Tarifrecht müssen auch für deutsche Beamt*innen umgesetzt werden.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 3) Das Steuerkonzept der GEW (gew.de → Suchbegriff: Steuerkonzept) bietet eine gute Grundlage für die dringend notwendige Steigerung der staatlichen Ausgaben für Bildung.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 4) Das Gesetz zur Einführung des Betreuungsgeldes ist aufzuheben. Die so frei werdenden finanziellen Mittel sind für den zügigen Ausbau von pädagogisch qualifizierten Förderformen (v. a. Kindertagesstätten, Kindergruppen) einzusetzen.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 5) Zehn Jahre gemeinsame Schulzeit ohne die Aufteilung der Schüler*innen in unterschiedliche Schularten ist eine wichtige Voraussetzung für Inklusion, für angstfreies Lernen und für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 6) Inklusiver Unterricht in kindgerechten Ganztagschulen braucht eine deutlich bessere Personalausstattung und einen großen Vorrat vielfältiger Lernmaterialien aller Schwierigkeitsstufen.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 7) Die Lehrämter aller Schularten sind gleichwertig. Das Eingangsgeloh muss für alle A 13 sein. Auch die Einstufung der Fach- und Förderlehrer*innen ist zu erhöhen.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 8) Mit dem Grundsatz »Wahl auf Zeit« lassen sich Leitungspositionen grundsätzlich erfolgreicher besetzen als durch die Auswahl aufgrund fragwürdiger Beurteilungen.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 9) Lehrkräfte, Lehrbeauftragte an Hochschulen und studentische Hilfskräfte müssen gemäß der Ergebnisse von Tarifverhandlungen bezahlt werden – bei streng beschränkten Befristungsmöglichkeiten.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 10) In Hochschulgremien sind die Stimmrechte von Studierenden, wissenschaftlich Beschäftigten und Lehrbeauftragten wie auch des nicht wissenschaftlichen Personals paritätisch zu regeln.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 11) Die Teilnahme an beruflicher Aus- und Weiterbildung muss gesetzlich garantiert und kostenfrei sein.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 12) Selbstständige in der Weiterbildung müssen mindestens 55 EUR/Std. erhalten, da sie als Honorarkräfte einen höheren zeitlichen und finanziellen Aufwand haben.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 13) Für Geflüchtete muss der Grundsatz gelten: Sichere Ausbildung statt unverantwortliche Abschiebung. Die 3+2-Regelung ist einzuhalten.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 14) Die bayerische Landesregierung muss endlich die personellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch staatliche Lehrkräfte ihre Rechte aus dem Arbeitsschutzgesetz (1996 vom Bundestag beschlossen) einfordern können.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN
- 15) Die Landesregierung muss die Gesinnungsschnüffelei gegenüber Bewerber*innen des öffentlichen Dienstes aufgeben. Wer an seinem Arbeitsplatz tatsächlich gegen Grundsätze der Verfassung verstößt, ist aufgrund rechtsstaatlicher Verfahren zur Rechenschaft zu ziehen.
eindeutig JA eher JA
eher NEIN eindeutig NEIN